

Schluss mit dem Schönreden: Der Niederrhein braucht Taten

Ignoranz gefährdet Leben: Der Niederrhein steht vor einer Katastrophe! Die Landesregierung unterschätzt die fatalen Folgen von Sicherheitsmängeln, Bergbaufolgen und Klimawandel – unkontrollierte Überschwemmungen, Infrastrukturversagen und Milliarden Schäden sind die Konsequenz. Jetzt sind entschlossene Maßnahmen zum Schutz unserer Region und ihrer Bewohner dringend erforderlich!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Respekt vor den Betroffenen und der Bedeutung des Niederrheins für unsere Wirtschaft und Infrastruktur müssen wir feststellen, dass die Landesregierung die Dringlichkeit der aktuellen Lage unterschätzt hat. Die Aussage, man müsse sich mit den Folgen von Sicherheitsmängeln¹ und Klimawandel abfinden, ist ein vernichtendes Urteil für alle, die bereits jetzt unter den Auswirkungen leiden. Die Bürger erwarten konkrete Maßnahmen – keine resignierten Aussagen.

Können wir wirklich tatenlos zusehen, wie unsere Heimat immer häufiger von Stauwasser² heimgesucht wird und Deichhinterströmung³ droht? Wie sollen unsere Kinder und Enkelkinder in einer Zukunft leben, die von risikoreichen Rahmenbedingungen⁴ und Wetterextremen geprägt ist? Die Politik muss endlich handeln und darf nicht länger die Verantwortung auf die nächste Generation abwälzen!

Ein „Weiter so“ führt in die Katastrophe!

Wir fordern ein Umdenken!

Wir brauchen jetzt konkrete Maßnahmen, die uns vor den Folgen eines weiteren Salzbergbaus, von Zuständigkeitslücken und den Auswirkungen des Klimawandels schützen. Dazu gehören:

1. **Hochwasserschutz**

Der Bau eines Bypasses bei Bonn könnte anteilig Rheinwasser sicher in die Tagebaue ableiten und so den Wasserstand in der Metropolregion am Niederrhein entlasten. Die konsequente Umsetzung bestehender Regelungen wie das BHQ2004 und die DSchVO ist dringend erforderlich.

2. **Grundwasserregulierung**

Die Herausforderungen durch Stauwasserbildung² erfordern gezielte Maßnahmen. Stauwasser entsteht, weil durch den Bergbau entstandene Hohlräume nicht verfüllt werden. In den entstandenen Senkungsmulden sammelt sich Grundwasser, das nicht abfließen kann.

3. **Verantwortung für Zukunftssicherung**

Der seit 1925 genehmigte Salzabbau führt langfristig zu einem Rückgang des Geländeneiveaus um ca. 4 m – von derzeit (Bsp.) 20 m ü. NN auf rund 16 m ü. NN, also in den Bereich des Grundwasserkörpers. Wird der beantragte RBP 2025–2050 umgesetzt, mit Senkungsauswirkungen⁵ bis 2250, sollte K+S sämtliche Folgekosten, inklusive weiterer Sicherungsmaßnahmen, übernehmen. Vernunft heißt: Bergbaustopp.

4. **Regionale Anpassungsstrategien**

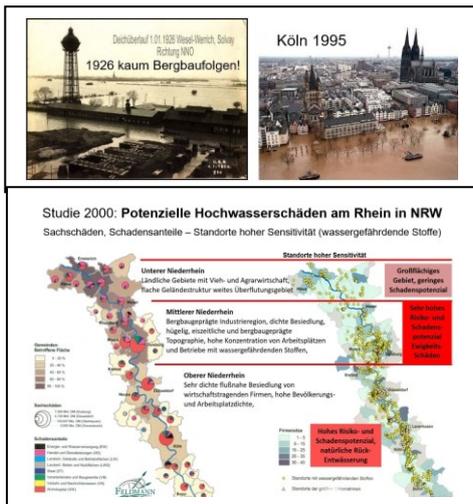
Neben der Deichsicherung und dem Schutz vor steigendem Grundwasser müssen Fluchtwege und Rettungsstellen in Risikogebieten geplant und eingerichtet werden. Andernfalls sind bei Überstauhöhen von mehr als einem halben Meter keine Flucht- und Rettungsmöglichkeiten mehr gegeben (Bosch). Maximal ist mit Einstauhöhen von bis zu 14 Metern zu rechnen.

5. **Rechtsaufsicht**

Eine strenge Kontrolle der Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen ist unerlässlich, um weitere Schäden zu verhindern.

Die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnislage⁵ – insbesondere Studien der RWTH Aachen – zeichnet ein alarmierendes Bild der Hochwassergefährdung in NRW. Die von der Umweltministerin vertretenen Positionen unterschätzen die potenziellen Schäden erheblich, da sie die Folgen des Bergbaus, Stauwasser, Deichhinterströmung⁶ und Starkregenereignisse unzureichend berücksichtigen. Prognostizierte Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe, tausende Evakuierungen⁷ und langfristige wirtschaftliche Folgen⁸ unterstreichen die Dringlichkeit einer konsequenten Umsetzung der Hochwasser-Risikomanagement-Richtlinie.

Die Landesregierung trägt(?) die Verantwortung für den Schutz ihrer Bürger und der Infrastruktur. Die Aussage von Ministerpräsidentin Kraft a.D., man müsse sich mit den Folgen der Sicherheitsdefizite abfinden, vernachlässigt diese Verantwortung in unzumutbarer Weise. Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und umgehend konkrete Maßnahmen zur Sicherung unserer Region einzuleiten.



Wir, die Betroffenen, appellieren an die Landesregierung NRW, unverzüglich gesetzeskonforme Antworten und entschlossenes Handeln zu liefern, bevor ein Extremereignis unsere Zukunft zerstört und Deutschland weiter schwächt.

Die Naturgewalten von 1926 und 1995 haben wir erlebt. Heute summieren sich Organisations- und Bewusstseinsmängel, weiterer Bergbau, chaotische Entwässerung und der unabwendbare Klimawandel zu einer tickenden Zeitbombe. Sie, als Leistungsträger unserer Gesellschaft, haben die Macht und die Verantwortung, den Schutz vor Wetterextremen zu verbessern.

Nutzen Sie diese Chance und handeln Sie jetzt, um eine nachhaltige und sichere Zukunft für alle zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen vom HWS-Team,
 Hans-Peter Feldmann
 Zur Wassermühle 45, 46509 Xanten
 02801-6584 - info@nr-feldmann.de - www.nr-feldmann.de

Autorenkollektiv "Rheinische Reflexionen"
 Lehrbuch an der Hochschule Rhein-Waal seit September 2024

Weitere Informationen, Anlagen:

1 Sicherheitsmängel:

Die Sicherheitsregeln BHQ2004 und DSchVO sind keine verpflichtenden Vorgaben für die zuständigen Verantwortungsträger. Der Hochwasserschutzgrad der Rheindeiche liegt seit Jahrzehnten bei nur **11.000 m³/s** statt der erforderlichen **14.800 m³/s**. In Senkungsgebieten verbleibt Stauwasser dauerhaft, da keine ausreichenden Abflussmöglichkeiten bestehen. Eine Rettung ist ab einer Einstauhöhe von über **0,5 Metern** nicht mehr möglich. Zudem fehlen **ausgewiesene Fluchtwege und detaillierte Rettungspläne**.

2 Stauwasser:

Stauwasser kann durch zwei Hauptursachen entstehen:

- a. **Bergbaubedingte Senkungen**, die das Siedlungsgebiet absenken und somit in das Grundwasserniveau eintauchen und zu anhaltender Wasseransammlung an der Tagesoberfläche führen.
- b. **Hochwassereintritt ins Deichhinterland**, wenn Wasser aus angrenzenden Hochwassergebieten oder von Oberliegern hinter Deichen in eigentlich geschützte Gebiete einströmt, dort verbleibt und nicht abfließen kann.

3 Deichhinterströmung:

Bei Überflutungen treten hinter den Deichen **rheinnebenlaufende Strömungen** auf. Dadurch können auch Gebiete überflutet werden, die durch Deiche mit einem höheren Schutzgrad eigentlich gesichert sein sollten.

4 Rahmenbedingungen:

- Fehlende Verbindlichkeit** in der Einhaltung von Sicherheitsregeln.
- Deiche mit einer Höhe von bis zu 15 Metern** sollen laut BHQ2004 tief liegende Deichhinterlandgebiete schützen.
- Senkungsfolgen** durch beendeten und geplanten Untertage-Bergbau sind langfristige Belastungen mit nicht kalkulierbaren Auswirkungen.
- Unklare Situation bei Elementarschadenversicherungen:** Unsicherheit über Versicherungsfähigkeit von betroffenen Gebieten.
- Steigende Risiken** durch den Anstieg von **Meeresspiegel und Grundwasserspiegel**.
- Ohne eine funktionierende **Grund- und Stauwasserregulierung** wird die Nutzung von Siedlungsgebieten zunehmend eingeschränkt.

5 **Anlage 5: Topographie des bergbaubetroffenen Überschwemmungsgebietes**

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2025/02/Anlage-5.pdf>

6 **Anlage 6: Situation Deichhinterströmung – Gefahr für Unterlieger**

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2025/02/Anlage-6.pdf>

7 **Anlage 7: Potenziell betroffene Bewohner an der Rheinschiene (Auswahl)**

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2025/02/Anlage-7.pdf>

8 **Anlage 8: Potenzielle Hochwasserschäden am Rhein in NRW**

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2025/02/Anlage-8.pdf>

Ergebnisse
der RWTH
Aachen
Studie von
2004

Eingriffe in das Landschaftsbild am wasserreichsten Gewässer Deutschlands

Wasserwirtschaftlichen Einfluss durch unterirdischen Bergbau am linken Niederrhein

